

presse

Behinderungen durch Übergewicht bei Kindern durch Präventionsprogramme vermeiden

Anlässlich der Diskussion um übergewichtige Kinder erklären die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Anette Kramme und die Behindertenbeauftragte Silvia Schmidt:

Es braucht dafür nicht nur Gesundheits-, Ernährungs-, Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitiker an einem Tisch, sondern ein integriertes Konzept zur Prävention von Behinderung durch Übergewicht. Wir fordern die Bundesregierung auf, hier das Gespräch mit allen Beteiligten zu suchen, erklären Anette Kramme und Silvia Schmidt.

Der Anteil der Kinder mit Übergewicht und Adipositas in Deutschland hat einen besorgniserregenden Stand erreicht. Trotz großer Bemühungen der Europäischen Union, der Bundesregierung und den Ländern und Kommunen leiden zwischen 15 und 18 Prozent der Kinder im Alter von sieben bis 17 Jahren an Übergewicht oder Adipositas. Für die Zukunft lässt das nichts Gutes erahnen, sind doch nach Erkenntnissen von Eurostat, dem europäischen Statistikzentrum, schon heute bis zu zwei Drittel der deutschen Männer zu dick. Übergewicht führt zu zahlreichen Erkrankungen, die sich auf die Arbeits- und Erwerbsfähigkeit der Menschen auswirken. Behinderungen, also längerfristige Funktionseinschränkungen des Körpers, sind vorprogrammiert. Damit kommt eine Welle von Erwerbsminderungsrentnern und Berufsunfähigen auf uns zu.

Es gilt daher, alle Möglichkeiten zur Prävention zu nutzen. Dazu gehört auch das Schulobstprogramm der EU, das derzeit bis Juli 2010 läuft und für das sich beispielsweise Schulen in Nordrhein-Westfalen noch bis morgen bewerben können. Insgesamt fast 40 Millionen Euro stehen bundesweit dafür zur Verfügung. Es sind aber nicht nur die Länder gefragt, hier ihre Anstrengungen zu verstärken, sondern auch die Bundesregierung muss diesen Präventionsgedanken aufnehmen. Es braucht dafür nicht nur Gesundheits-,

Ernährungs-, Arbeitsmarkt- oder Bildungspolitiker an einem Tisch, sondern ein integriertes Konzept zur Prävention von Behinderung durch Übergewicht. Wir fordern die Bundesregierung auf, hier das Gespräch mit allen Beteiligten zu suchen.